

# Der Steinarbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 13. September 1930

34. Jahrgang

Nummer 37

## Die Fronten im Wahlkampf

Das geistige Zentrum der nationalistischen Strömungen in den Ländern Westeuropas ist der siegreiche Faschismus in Italien. Von seinen Theorien leben die Theoretiker des Nationalismus in Deutschland wie in Frankreich, in Oesterreich wie in Polen, in Ungarn wie in Rumänien; von seinen Taten träumen die Anhänger Hitlers und Steidles, die Mannen Ribbentrops und die Gefolgschaft Horthys und König Karls. Und das Gemeinsame aller dieser siegreichen oder siegesdürstigen politischen Bewegungen ist die erbitterte Feindschaft gegen die einzige Macht, die im Bereich der alten Welt mit aufrichtigem Ernst für den Frieden zwischen den Völkern, den Abbau der Rüstungen, die Niederlegung der Zollschranken und den Aufbau eines Gemeinwesens freier Nationen eintritt: den demokratischen Sozialismus.

Das innerpolitische Kennzeichen des neuen internationalen Nationalismus ist — in klassischer Nachahmung des faschistischen Vorbildes — der autoritäre Staatsgedanke. Er läßt sich auf eine einfache Formel bringen: Der Staat ist nur ein anderes Wort für die Alleinherrschaft der siegreichen nationalistischen Partei. Das ist auch der einzige eigene Gedanke des Faschismus geblieben; denn die rechtschöpferischen Gedanken des Faschismus, die auf die naiven Pilger aus den Kreisen des europäischen Nationalismus oder jene anderen begeisterten Romfahrer, die romantischen Aristokraten mit demokratischer Gesinnung (natürlich deutsche Intellektuelle), einen so tiefen Eindruck machen, sind im großen und ganzen Konterbande, zu Deutsch: gestohlenen Gut. Sie stammen samt und sonders aus der Gedankenwelt der europäischen Arbeiterbewegung. Sie sind eine Mischung aus syndikalistischer Theorie und den nicht auf italienischem Boden gewachsenen Grundgedanken des Kollektivismus, jener großen und fruchtbaren Rechtsidee, die ohne die geschichtliche Wirksamkeit der Gewerkschaften niemals zu der treibenden Kraft des vor allem in Deutschland begründeten und in die Praxis umgesetzten modernen Arbeitsrechtes geworden wäre.

Freilich ist der tiefe Sinn dieser Rechtsgedanken, die die Freiheit des Menschen gegenüber dem Eigentum begründen sollten, durch den autoritären Staatsgedanken des Faschismus in sein Gegenteil verkehrt worden. Denn eben dadurch, daß der siegreiche Faschismus sich als die italienische Nation proklamierte und in ihrem Namen alle Freiheit außer seiner eigenen unterdrückte, hat er die Arbeiterschaft einem doppelten Zwange unterworfen: der unverändert geltenden Eigentumsordnung, die er in der Carta del Lavoro als eine „Funktion von nationalem Interesse“ als „das wirksamste und nützlichste Instrument im Interesse der Nation“ erklärte, und der unbegrenzten Zwangsgewalt des zentralistischen Staates, der für die rechtschöpferische Initiative der Arbeiterschaft keinen Raum läßt als innerhalb der dumpfen Mauern seiner Zwangssyndikate, der Kasematten des korporativen Staates.

Zwangsgewerkschaften — in der deutschen Sprache erscheint diese Wortverbindung wie ein Widerspruch in sich, denn mit dem Begriff der Gewerkschaft ist die Freiheit gegenüber dem sozialen Gegenpieler und ein starkes Maß von Freiheit auch gegenüber dem Staat gleichzeitig gesetzt. Wie um diesem Gedanken der Freiheit noch einmal gesteigerten Nachdruck zu verleihen, nennen sich die deutschen Gewerkschaften, die in der größten Arbeiterorganisation der Welt zu einer Kampfeinheit zusammengeschlossen sind, mit leidenschaftlichem Stolz und heute mit größerem Recht als je in ihrer großen Geschichte, die „freien“ Gewerkschaften, wohl wissend, daß sie kein größeres Gut zu verteidigen haben, als diese doppelte Freiheit.

Denn sie haben heute im eigenen Lande mit einer Partei zu rechnen, die ebenso wie der Faschismus vor der Machtergreifung keine anderen greifbaren Gedanken „eigenen“ Gepräges (wie international ist doch die Gedankenarmut der Nationalisten!) in ihrem Programm hat, als die Formel Mussolinis ins Hitlersche überfetzt (oder travestiert): alle Macht der Nationalsozialistischen Partei.

So gering die Aussichten dieser Partei — wenn es sich nur um die Zahl ihrer Anhänger handelte — zu sein scheinen, ihre Machtgellüste in Deutschland durchzusetzen, so beweist doch das Beispiel Thüringens, daß der deutsche Liberalismus von Baum bis Scholz alle seine Prinzipien preiszugeben bereit ist, wenn er nur Bundesgenossen findet, um endlich den verhassten Einfluß der Arbeiterbewegung auf die Gesetzgebung und Verwaltung im Reich und in den Ländern zu brechen. Man muß daher, wenn man die nationalistische Zukunftsbilanz in Deutschland aufmachen will, die halbfaschistischen, von ständischen Idealen und Schwerindustriellen oder großagrarischen Interessen in ihrer politischen Haltung bestimmten Parteien mit in Rechnung setzen.

Von Scholz bis Hugenberg ist es viel weniger weit als es scheint, soweit die entschiedene Gegnerschaft gegen jede von sozialem Geist erfüllte Demokratie in Frage steht. Und über die anderen, über die außerpolitischen Differenzpunkte wird sich unter Büldern schon reden lassen. Man muß sich außerdem klarmachen, daß weit über die Einflusssphäre dieser reaktionären Parteien hinaus weite Kreise des deutschen Bürgertums — einschließlich ihrer neuen jungdemokratischen Staatspartei — die Emanzipation der Arbeiterklasse für beendet ansehen, daß sie gewissermaßen des sozialen Fortschritts müde sind, daß sie gern einmal wieder in ihrem bequemeren geschichtlichen Tempo marschieren, daß sie endlich wieder verschlafen möchten.

Und das Zentrum? Ist es wirklich so ausgeschlossen, daß diese Partei, die doch wie keine andere in Deutschland im überlieferten Sinne des Wortes eine „Weltanschauungs“partei ist und im Namen dieser Weltanschauung die sozialen Gegensätze zu dämpfen und einen patriarchalischen Ausgleich zu finden bemüht ist,

sich gelassen auf den Boden der Tatsachen stellen würde, wenn dieser Boden von anderen Parteien, die keine organisierten Arbeiter in ihren Reihen haben, gut vorbereitet ist? Hat nicht der Papst, trotz des Kampfes des Faschismus gegen die Popolari (das italienische Zentrum) seinen Frieden mit dem Faschismus geschlossen? Sehen sich seine geistlichen und weltlichen Diener nicht für den Staat Mussolinis ein? Liegt der kirchlichen Staatsauffassung nicht — wenn auch in gemilderter Form — der autoritäre Zug im faschistischen Staatsgedanken, der bevorzogene, der obrigkeitliche Charakter des faschistischen Staates überaus nahe? Mit anderen Worten: Ist das Zentrum wesentlich demokratisch oder nur so lange, als es seine kirchen- und schulpolitischen Ziele, seinen Ehrgeiz, in der Verwaltung maßgebenden Einfluß auszuüben, im Bunde mit der Sozialdemokratie besser friedig zu können glaubt? Der Prälat Kaas hat schon in seiner Philippika gegen die Sozialdemokratie mit unerkennbarer Wärme die Bereitschaft des Zentrums in lockender Aussicht gestellt, in Gemeinschaft mit diesen republikanisch-antidemokratischen Parteien, wenn auch „mit der erforderlichen Vorsicht“... „diejenigen Korrektur- und Ausgestaltungsarbeiten“ vorzunehmen, „die auf staats-

der Nachkriegszeit haben die drei Parteien der Weimarer Koalition — trotz aller Meinungsverschiedenheiten im grundsätzlichen wie im einzelnen — gemeinsam an dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung gearbeitet. Es war in Wahrheit „großzügige staatspolitische Aufbauarbeit“, die mit dem Zentrum, damals noch besetzt von dem Elan seiner ungewohnten innerpolitischen Bewegungsfreiheit, und mit den Demokraten geleistet wurde, unter denen der Geist Kaumanns und Brentanos noch lebendig war. Aber es scheint, daß dieser freiheitliche Geist in dem harten Winter 1928/29 erfroren ist, ja, daß schon vorher, unmittelbar nach dem Inkrafttreten des letzten großen Gesetzeswerkes, nach der Einführung der Arbeitslosenversicherung, die große Wendung in der politischen Haltung dieser beiden Parteien eingetreten ist. Die Angriffe auf die Sozialversicherung, insbesondere auf die Arbeitslosenversicherung, die in der gleichen Zeit von dem deutschen Unternehmertum systematisch durchgeführt wurden, stießen bei beiden Parteien nicht auf den Widerstand, den die Arbeiterschaft bis tief in die eigenen Reihen dieser Parteien erwartete. Kaum war der neue Flügel des großen Baues der deutschen Sozialversicherung unter Dach und Fach, so begann schon jene lange Reihe von Umbauten, um deren Pläne ein erbitterter Streit geführt wurde, so brach — vor allem nach der Kältetastrophe des vorletzten Winters und im Zusammenhang mit der damals beginnenden Verschuldung der Reichsanstalt und der schlechten Lage der Reichsfinanzen — wie eine Seuche die Manie der „Reformen“ aus, die kein anderes Ziel hatten, als mit den Sparmaßnahmen dort zu beginnen, wo man der Unterstützung der aufgelegten öffentlichen Meinung am ehesten sicher zu sein glaubte: bei den Leistungen der Sozialversicherung.

Der Kampf um die Sozialpolitik ist ein Teil des Kampfes um die Verteilung der inneren Lasten. Er ist im Verlaufe des Jahres 1929 während der fast über ein Jahr sich hinziehenden Verhandlungen über die „endgültige“ Regelung der Reparationen von der Deutschen Volkspartei und den hinter ihr stehenden Wirtschaftskreisen zögernd und verdeckt geführt worden, vielleicht in der bewußten Absicht, eine wirksame Finanzreform und eine gründliche Sanierung der Reichsanstalt zu sabotieren, solange die Sozialdemokratie in der Regierung war. Aber diese Verschleppungstaktik wurde in dem Augenblick überflüssig, wo mit der Annahme der Youngscheide der außenpolitische Zwang fortfiel, auf die Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften Rücksichten zu nehmen.

Der Kampf um die Verteilung der inneren Lasten — geführt inmitten einer Wirtschaftskrise von gigantischem Ausmaß, die in fast allen großen Industriestaaten die Flut der Arbeitslosigkeit zu ungekannter Höhe ansteigen ließ — verschärfte sich nun zu einem offenen Kampf um die innere Struktur des Staates. Noch ist die feste parlamentarische Mehrheit, mit der die Regierung Brüning den Kampf für ihre Ziele führen wollte, ein Traum der Zukunft. Die Zickadlinie des Kurses, den sie bei ihren Verhandlungen über ihre Gesetzesvorlagen einschlugen, mußte, um sich auf dem schwankenden Grunde ihrer Zufallsmehrheiten zu behaupten, war gleichsam die Fieberkurve der krankhaften Erschütterungen, von der alle bürgerlichen Parteien rechts und links vom Zentrum — mit Ausnahme der Nationalsozialisten — ergriffen wurden. Der Zersekungsprozess der alten bürgerlichen Parteien kam durch die Reichstagsauflösung zum Ausbruch; aber die Frontrichtung, in der die Aufstellung der neuen politischen Formationen erfolgen wird, ist schon heute eindeutig gegeben. Unsicher ist nur erstens die zahlenmäßige Stärke dieser Armee, und zweitens, ob und wann die Strategen, die sie kommandieren werden, auf die heute noch verschmähten Referten zurückgreifen müssen und wollen, die der Nationalsozialismus ihnen zu jedem reaktionären Zweck auf sozial- oder kulturpolitischem Gebiete zur Verfügung stellen kann.

Der erfahrenen Sammlungspolitik der bürgerlichen Parteien stehen zum festen Bunde vereinigt Sozialdemokratie und Gewerkschaften gegenüber. Die politische Partei, mit der die deutschen Gewerkschaften nicht nur in diesem Wahlkampf, sondern in allen Phasen dieses in seiner Dauer noch nicht abzuschätzenden geschichtlichen Ringens fest verbündet sind, ist ebenso wie sie selbst von den krisenhaften Erscheinungen, von denen die bürgerlichen Parteien und die ihnen nahestehenden wirtschaftlichen Organisationen erschüttert worden sind, völlig frei geblieben. Die innere Kraft, die diese gelassene Festigkeit der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie inmitten der schwankenden Unruhe der politischen Umwelt offenbart, berechtigt zu dem Glauben, daß die politischen Gefahren, von denen das Gefüge der deutschen Demokratie bedroht wird, an ihrem entschiedenen und zielbewussten Widerstand ebenso scheitern werden, wie die fast vergessenen Versuche von 1920 und 1923, auf dem Wege der Ueberrumpelung den Staat über den Haufen zu rennen, den sie geschaffen haben. Sie wissen, daß die Zahl der Gegner größer geworden ist, ihr Kampfwille nachhaltiger und die Front, die sie zu verteidigen haben, breiter. Aber auch ihre eigene Macht ist in diesem bewegten Jahrzehnt der Nachkriegszeit erstarkt, und wenn es auch gefährlich wäre, sich irgendwelchen Illusionen über die Dauer und die Schwere dieses Kampfes hinzugeben, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß der Kampf um den demokratischen Charakter des deutschen Volksstaates auf die Dauer nicht zugunsten der Parteien entschieden werden wird, die Deutschland dem Regiment einer christlich-konservativen Rechte oder dem deutschen Faschismus auszuliefern entschlossen sind, sondern daß dem Staatsgedanken der Arbeiterbewegung, dem Gedanken einer freien sozialen Demokratie deutscher Nation die Zukunft gehört.



politischem und schließlich auch auf verfassungspolitischem Gebiete über kurz oder lang in Angriff genommen werden müssen“. Die unbedingte Bejahung des „Volksstaates“ soll zwar die Voraussetzung dieser „großzügigen staatspolitischen Aufbauarbeit“ sein. Aber was heißt schon „Bejahung des Volksstaates“? Auch in der Carta del Lavoro steht zu lesen, daß die italienische Nation „eine moralische, politische und wirtschaftliche Einheit“ ist, „die sich in dem faschistischen Staate vollständig verwirklicht“. Der Faschismus würde es weit von sich weisen, daß sein Staat kein „Volksstaat“ sei. Der Begriff des „Volksstaates“ gewinnt einen anderen Inhalt, je nachdem, welche Partei sich zu ihm bekennt. Eine autoritäre Obrigkeit, wenn sie einen ständischen, ja, wenn sie einen halb oder ganz faschistischen Charakter trägt, würde vielleicht gar nicht so schlecht an die Spitze eines Volksstaates „auf dem Boden des christlichen Staatsgedankens“ passen.

Keinem unbefangenen Beobachter der politischen Ereignisse der letzten Jahre kann es entgangen sein, daß die Zeit der großen Koalition zugleich eine Zeit der Vorbereitung für die Bildung einer konsolidierten, auf lange Dauer berechneten Rechtskoalition gewesen ist. Die Brücke zwischen Bürgertum und republikanischer Arbeiterschaft, die angeblich „Stülpfeiler“ erhalten wird, wenn die Bildung der „verfassungstreuen“, d. h. der im vorhinigen auf die Revision der Verfassung eingestellten Rechten fortschreitet, diese Brücke ist zur Zeit kaum passierbar. Man ist eher versucht zu sagen, daß die Grundpfeiler der Brücke, die die alten Weimarer Koalitionsparteien verband, ins Wanken geraten sind, weil der Boden, auf dem sie ruhen, abzusinken droht. Durch viele Jahre

# Die Durchführung der sozialpolitischen Notverordnungen

In vorhergehenden Nummern des „Steinklopfer“ haben wir den Inhalt der beiden zur Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung erlassenen Abbauperordnungen geschildert. Wie stets bei überfüllten Reformen bleibt für die praktische Durchführung der beiden Verordnungen noch eine Reihe von Fragen offen, deren Klärung in der Interesse der Betroffenen notwendig ist. Sind doch beide Verordnungen nunmehr in vollem Umfang in Kraft: die Verordnung zur Arbeitslosenversicherung ist am 1. August in Kraft getreten, die Verordnung zur Krankenversicherung formal sogar bereits am 28. Juli, d. h. einen Tag nach ihrer Verkündung. Hinsichtlich der letzteren war jedoch vom Reichsarbeitsminister eine Uebergangsfrist bis zum 25. August festgesetzt.

Bei den einschneidenden Änderungen der Arbeitslosenversicherung entsteht zunächst die grundsätzliche Frage, inwiefern diese Änderungen auch auf laufende Unterfallfälle Anwendung finden. In einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 23. Mai 1930 (Reichsarbeitsblatt S. IV 296 Nr. 3784) ist ausgeprochen, daß bereits anerkannte Ansprüche von einer Gesetzesänderung unberührt bleiben, soweit das Gesetz sich nicht selbst rückwirkende Kraft beilegt. Da dies letztere in der Verordnung nicht geschieht, kann festgestellt werden, daß die laufenden Fälle von den Änderungen nicht betroffen sind. Danach fallen sowohl alle die Unterfallfälle, die sich beim Zeitpunkt des Inkrafttretens, also am 1. August 1930, im Bezug der Arbeitslosenversicherung befanden, wie auch diejenigen, die bereits vor diesem Zeitpunkt Unterstützung bezogen haben, ohne ihren Anspruch zu erschöpfen und die später die alte Bezugsdauer fortsetzen, nicht unter die neuen Bestimmungen.

Zur Anwendung der Bestimmungen im einzelnen ist besonders folgendes hervorzuheben:

Soweit zu § 89a (Begriff der Arbeitslosigkeit) von den Verwaltungsausschüssen Richtlinien erlassen werden, muß besonders darauf geachtet werden, daß der Begriff der Arbeitslosigkeit nicht schon bei einer bestimmten Betriebsgröße ausgeschlossen wird, sondern daß die Richtlinien auch die Prüfung der Frage vorzusehen, ob für den betreffenden Arbeitslosen die Möglichkeit einer produktiven Beschäftigung in einem derartigen Betriebe gegeben ist.

Bei der Einführung von Pflichtarbeit, die jetzt nicht mehr von den Verwaltungsausschüssen zu beschließen ist, kann gleichwohl der Verwaltungsausschuß eingeschaltet werden, indem gegen die Maßnahmen des Arbeitsamtsvorsitzenden Einspruch beim Verwaltungsausschuß eingelegt wird.

Bei der Berechnung der Unterstützungshöhe, die jetzt nicht mehr nach dem tatsächlichen Arbeitsentgelt, sondern nach dem gezahlten Beitrag erfolgt, ist bei Unterversicherung durch den Arbeitgeber die nachträgliche Beitragszahlung zu berücksichtigen und alsdann die Einreihung in die dem vollen Beitrag entsprechende Lohnklasse zu verlangen. Sind ohne Verschulden des Arbeitnehmers gar keine Beiträge entrichtet worden, so besteht Anspruch auf Einreihung in die Klasse, in der die Beiträge hätten entrichtet werden müssen.

Die Senkung der Unterstützungssätze in den Lohnklassen VII bis XI für alle Arbeitslosen, die nicht innerhalb der letzten 18 Monate mindestens 52 Wochen lang versicherungspflichtig beschäftigt waren, ohne zwischenzeitliche Unterfallfälle zu beziehen, kann immer nur nach einer neu erfüllten Anwartschaftszeit bei Beginn der Unterfallperiode erfolgen. Hat dagegen ein Arbeitsloser die vorgeschriebene Anwartschaftszeit von 52 Wochen erfüllt und daraufhin den vollen Satz der Unterstützung bewilligt erhalten, so behält er den Anspruch auf diesen vollen Satz während der ganzen Unterfallperiode von 26 Wochen, auch wenn er zwischenzeitlich wieder kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse übernimmt.

Bei beruflicher Arbeitslosigkeit werden in den festgesetzten Zeiten nach wie vor nur die Sätze der Krisenunterstützung

gezahlt. Dabei muß aber als Ausgangsbasis für die Errechnung der Sätze stets der volle Satz der Arbeitslosenunterstützung, nicht etwa der gekürzte Satz (der auf Grund einer Beschäftigung von weniger als 52 Wochen bewilligt worden ist) genommen werden.

Im Verfahren muß beachtet werden, daß eine Vorentscheidung des Spruchkammervorsitzenden, durch die ein Antrag ganz oder teilweise abgelehnt wird, binnen zwei Wochen durch Antrag auf mündliche Verhandlung anzufechten ist, wenn der Arbeitslose die Entscheidung der Spruchkammer herbeiführen will.

Soweit die Durchführung der Verordnung zur Krankenversicherung in Frage kommt, hat der Reichsarbeitsminister selbst in einem Rundschreiben vom 2. August 1930 (Reichsarbeitsblatt Nr. 23, S. I 165 ff.) Ausführungsbestimmungen erlassen. Daß die Uebergangsfrist am 25. August abgelaufen ist, wurde schon erwähnt. Ausdrücklich wird festgestellt, daß die neuen Vorschriften nicht Versicherungsfälle betreffen, die vor ihrer Geltung eingetreten sind, dagegen aber alle Versicherungsfälle, die sich unter ihrer Herrschaft ereignen.

Wichtig ist, daß die Vorschriften über die Krankeneingebühren und die Heilmittelkostenbeteiligung keine Voraussetzung für die Gewährung der Krankenhilfe begründen sollen. Die Krankeneingebühren und Abgabe der Medikamente kann also auch ohne vorherige Zahlung erfolgen, nachträgliche Entrichtung der Gebühren ist zulässig. Die Krankeneingebühren und die Heilmittelkostenbeteiligung haben die rechtliche Natur von Sonderbeiträgen, sie können bei der Lohnzahlung vom Barlohn abgezogen oder auch durch Anrechnung auf das Krankengeld eingezogen werden.

Bei der Familienkassenpflege ist gleichfalls ein Krankengeld zu lösen. Für Arznei- und kleinere Heilmittel, für die dem Versicherten nur die Hälfte der Kosten erstattet wird, ist dagegen nicht noch ein besonderer Betrag zu entrichten.

Grundsätzlich ruht der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld, soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält; liegt das Arbeitsentgelt unter dem Krankengeld, so ist zwar im allgemeinen nur der Unterschiedsbetrag als Krankengeld zu zahlen; dabei soll aber geprüft werden, ob nicht das geringere Arbeitsentgelt wirtschaftlich als (nicht anrechenbarer) Zuschuß des Arbeitgebers zum Kranken- oder Hausgeld aufzufassen ist. Im letzteren Falle dürfte eine Anrechnung nicht stattfinden.

Zum fassenärztlichen Dienst wird bemerkt, daß ein Arzt nicht für denselben Fall behandelnder Arzt und Vertrauensarzt sein könne, und daß der Vertrauensarzt daher auch nicht Verordnungen des behandelnden Arztes einschränken, erweitern oder aufheben könne. Er habe vielmehr der Kasse das von ihr geforderte Gutachten zu erstatten. Zum Austrag von Meinungsverschiedenheiten könne ein Prüfungsausschuß gebildet werden.

Schließlich ist noch besonders bemerkenswert, was der Reichsarbeitsminister zur Beitragsfestsetzung in der Krankenversicherung ausführt. Er weist auf die Verpflichtung der Kassen hin, bis zum 28. Oktober 1930 die Beiträge unter Berücksichtigung der Änderungen der Verordnung neu festzusetzen, da andernfalls das Oberverwaltungsamt den Beitrag festzusetzen habe. Wörtlich führt er aus:

„Es entspricht nicht den Zweck der Verordnung und der Sachlage, wenn Kassen jetzt neue freiwillige Leistungen beschließen, und deshalb bei dem bisherigen Beitragsstande bleiben müssen. Die Verordnung will die Ausgaben in der Krankenversicherung auf das natürliche Maß zurückführen. Im allgemeinen kann die Gesamtausgabe, ohne Gefahr für den Zweck der Krankenversicherung, um mindestens 10 v. H. gesenkt werden. Ich bitte, die Oberverwaltungsämter anzuweisen, bei der Genehmigung der neuen Beiträge darauf das besondere Augenmerk zu richten.“

Solange die Notverordnungen in Kraft sind, werden die Versicherten gut daran tun, ihrer Durchführung die größte Aufmerksamkeit zu widmen, um die durch die Tendenz der neuen Gesetzgebung heraufbeschworenen Härten, die bei den unteren Stellen allzuleicht noch weiter gesteigert werden, nach Möglichkeit auszufliessen.

# Wo bleibt die Ausdehnung der Krisenunterstützung?

Schon vor einigen Monaten, als die Zahl der ausgesteuerten Arbeitslosen ununterbrochen stieg, und in mehreren, so besonders den baugewerblichen Berufen, auch die Zahl derjenigen, die nicht einmal mehr die 26wöchige Anwartschaftszeit für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung erfüllen konnten, hatten die freien Gewerkschaften den Reichsarbeitsminister Stegerwald um eine Rücknahme der Krisenunterstützung über die jetzt zugelassenen Berufe hinaus und einer Verlängerung der Unterstützungsdauer darlegen. Herr Stegerwald mußte damals zugeben, daß in der Tat die geltenden Zulassungen der Krisenunterstützung nicht mehr als ausreichend angesehen werden konnten und daß es notwendig sei, die im Etat angelegten Beträge zu erhöhen. Dies um so mehr, als ja selbst bei einer Erhöhung des Etatsbetrags von 150 auf 300 Millionen Reichsmark im Durchschnitt nur etwa 400 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung versorgt werden können, eine Zahl, die trotz gleichbleibender Beschränkung in der Zulassung inzwischen schon beträchtlich überschritten worden ist.

In erster Linie versuchte aber der Minister die Gewerkschaften damals zu verweisen, indem er auf sein Arbeitsbeschaffungsprogramm hinwies, das eine Entlastung des Arbeitsmarktes bringen werde, die zu einer beträchtlichen Verminderung der Unterstützungsempfänger und im Zusammenhang damit zu einer Erweiterung des Kreises der zugelassenen Berufsgruppen führen sollte.

Auf die Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms hat man bisher vergeblich gewartet. Statt dessen schwillt die Zahl der ausgesteuerten Laminarartig an. Hunderttausende werden zur kommunalen Wohlfahrtspflege abgeholt, so daß die Belastung der Städte gerade in typischen Arbeiterrevieren immer unerträglicher wird. Selbst die christlichen Gewerkschaften empfinden langsam das Unhaltbare dieses Zustandes und haben eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in der sie die Ausdehnung der Krisenunterstützung, insbesondere auch die Einbeziehung von Saisonarbeitern und eine Verlängerung der Bezugsdauer fordern. Wir sind mit diesen Forderungen voll und ganz einverstanden und auch mit der Begründung, in der auf die außerordentliche Unterschiedlichkeit in der Zulassung und die hieraus folgenden unbilligen Verschiedenheiten in einzelnen Gewerben hingewiesen wird. Immer wieder haben wir es als Ziel aufgestellt, die Krisenunterstützung zu einem alle Arbeitslosen erfassenden Bindeglied zwischen Arbeitslosenversicherung und kommunaler Wohlfahrtspflege zu entwickeln. Leider fanden wir bisher wenig Unterstützung in den christlichen Gewerkschaften und erst recht nicht bei den ihnen nahestehenden Parteien.

Unsere Eingaben an den Reichsarbeitsminister, unsere Darlegungen in der Öffentlichkeit blieben bisher ungehört. Vielleicht gibt die Eingabe der christlichen Gewerkschaften dem Reichsarbeitsminister Stegerwald endlich einmal Veranlassung, statt von Zukunftsaussichten seines Arbeitsbeschaffungsprogramms zu reden, gegenüber der furchtbaren akuten Notlage der Ausgesteuerten auch einmal zu handeln. Eine Ausdehnung der Krisenunterstützung wäre die dringendste Aufgabe, die der Reichsarbeitsminister zur Zeit zu erfüllen hat.

Empfehlenswerte Schriften aus unserem eigenen Verlag:

**Die Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter**  
Von ALEXANDER KNOLL. Reich illustriert  
Band I, II, III. Pro Band 10 Mark, für Verbandsmitglieder 8 Mark

**Der alten Steinmehlen Recht und Gewohnheiten**  
Von RUDOLF WISSELL  
Preis 2,50 Mark, für Verbandsmitglieder 1,50 Mark

## Frauen: Warm!

Seid wachsam, Frauen!

Auch ihr seid berufen, am Volksstaat zu bauen!  
Auch ihr seid berufen, mitzubestimmen,  
mitzubestimmen, mitzuregieren,  
den Willen des Volkes mitzubestimmen,  
zu zimmern, zu schmieden mit Staatsbürgerthaten  
die Zukunft der Kinder, das eigene Glück!  
Das ist Politik!

Wiel zu gewinnen, viel zu verlieren  
habt ihr am Tage der kommenden Wahl.  
Quittiert für die Sorge, den Hunger, die Qual!  
Quittiert für die Fülle und Steuern,  
die euch die bescheidenste Nahrung verteuern!  
Quittiert für den Lohnruß durch Stegerwald,  
dem Ritter von der schwarzen Gestalt!  
Quittiert für das Unrecht an Kranken,  
die dem Zentrum die Strafe fürs Kranksein verdanken!  
Quittiert für die Nöte und Plagen,  
für die täglichen Schläge auf Tasche und Magen!  
Quittiert mit kühnlicher Bravour  
für Wirtschaftsterror und Diktatur!

Seid darum wachsam, Frauen!

Auf euch schaut mit Vertrauen  
das Volk der Arbeit im ganzen Land,  
denn die Entscheidung liegt in eurer Hand!  
Die SPD muß siegen!  
Die roten Fahnen fliegen  
mit Liste 1 voran!  
Vorant, Wählerinnen, vorant!  
Rehmet den Bruder, den Mann,  
den Onkel, die Tante,  
die Freundin und jede Bekannte  
zur Urne mit! —  
Das ratet euch allen

Frau Schmidt.

## Aus dem Wetterwinkel



„Steine klopfen macht müde“, diese Binsenwahrheit aus dem Steinklopferleben habe ich mal irgendwo auch bei einem Arbeiterdichter gelesen, und beim gleichen Dichter im gleichen Zusammenhang noch den wahren Satz: „Dud sich, wer mag, der Siegestag wird seinen Einzug halten.“ Ein solcher Siegestag könnte der 14. September werden. Nur noch wenige Tage, dann hat sich entschieden, ob die — unsoziale, ungerechte Lebzigensteuer — die Negerssteuer, die eine Kulturhande ist — der Abbau der Krankenpflege und Familienunterstützung — der Abbau der Arbeitslosenunterstützung — der Abbau der Renten der Kriegssopfer — von der Brüningregierung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung diktiert, ob dies alles Bestand haben soll oder ob die ganze Notverordnung vom Volkswillen schon vor der Fristbemessung (März 1931) hinweggefegt werden kann. Dieses „können“ hängt natürlich von der Zusammenfassung des neuen Reichstages ab und von der Handlung der daraus resultierenden Reichsregierung. Diese gewünschte Möglichkeit als Wahlergebnis gibt uns zugleich Auskunft darüber, wieviel von den 41 1/2 Millionen Wählern in Deutschland sich von den Kraftworten, die von äußerst rechts und äußerst links verzapft werden, haben einfangen lassen und im weiteren sehen wir dann am Resultat der

Wahl, wieviele Millionen Wähler die unelidlichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland mit klaren Augen und sozialistischer Vernunft beurteilen.

Seit einer Woche sehe ich wieder in altgewohnter Weise am Steinhaufen, Klopfe und hämmere die Klammotten zurecht nach fast einvierteljahriger unfreiwilliger Stempelkrankheit. Jetzt wird wieder Schotter gebracht, und man hat sich des Steinklopfer-Hannes erinnert. Stempelkrankheit kann ja ohne weiteres immer sofort beendet werden, dazu bedarf es nicht einmal eines Vertrauensarztes, der gewissermaßen den Hentersdienst gegen den Krankengeldbezug vollstreckt. Aber es ist mir während der Stempelwochen nicht im Traum eingefallen, für die dreizehnwöchige Arbeitslosigkeit etwa die SPD verantwortlich zu machen, wie das jetzt im Wahlkampf für alles und jedes ganz allgemein von Hinz und Kunz, die irgendwie nur den Schnabel öffnen können, gemacht wird. Die Nazis und die Kommunisten Arm in Arm und die Christlichen, die bis über die Ohren im Bürgerblock stecken, tun das aber mit Vorliebe. Sie alle verleumdern die SPD weniger aus Überzeugung, sondern nur weil ihre eigene wässrige Parteiuppe an dem Feuer solcher Verleumdungen kochen soll; die dann von den Mitläufern aus ausgelöffelt wird. Erst nach der Wahl merken diese dann die Wirkung der erwähnten Suppe am Reinfall und Durchfall. Diesen Mitläufern geht es dann ähnlich wie dem Wanderer, der im Dunkel auf einen Kreuzweg kommt; die Dunkelheit gestattet ihm nicht, den Wegweiser lesen zu können. Kurz entschlossen klettert der Wegweiser an dem Wahl hinaus und liest dann oben mit Hilfe eines angebrannten Streichholzes: „Früh gefahren!“ Ja, so geht es den unsicheren Wählern sehr oft! Die ganze Wahlarbeit in Hinz und Kunz, ist ja nur auf die unsicheren Kantonten unter den Wählern zugeschnitten, die weder materiell noch ideell einer politischen Partei angehören, und die ihre Stimmabgabe von momentanem Ärger, von augenblicklicher Unzufriedenheit abhängig machen und — was die Hauptsache wohl ist — die sich fast ausnahmslos bisher aus Eigenem kein Urteil über die politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse gebildet haben. Diese Wähler laufen selbstverständlich ohne großes Besinnen den unverantwortlichen Wort-Kraftmeiern in der Politik nach, die alle politischen und wirtschaftlichen Probleme sehr leicht meistern, und die für alles und jedes ein Wortrezept in der Tasche tragen. Je ungeschulter nun ein Wähler und eine Wählerin ist, desto größer ist der Eindruck von Kraftworten auf sie.

In keinem der vorhergehenden Wahlkämpfe in der deutschen Republik ist so unheimlich viel gelogen, geschwindelt und absichtlich verunglimpft worden, wie in dem Wahlkampf über den am 14. September entschieden wird. Zwölf Jahre nach dem Zusammenbruch scheint alles vergessen zu sein, was vordem das deutsche Volk in vier schrecklichen Jahren durchmachen mußte. Zwölf Jahre nach diesem Elend tauchen Neunmalklugen auf und sagen heute, wie es damals hätte gemacht werden müssen. Zwölf Jahre nach diesen Vorgängen, die im Grunde genommen nur die sozialistisch organisierte Arbeiterschaft und ihre Führung so weit liquidiert hat, daß ein Wiederaufbau in Deutschland ermöglicht wurde. Wo waren denn damals die jetzigen politischen Sternreiter und Großmäuler? — Sie hielten sich entweder im sicheren Hintergrunde oder waren in jener Zeit noch Abschlüpfen, die schon sehr zufrieden waren, wenn ihnen jemand mittelbeid eine Brotkruste — wenn auch angefeimelt — zusteckte. Jetzt stürmt alles mit frechem Gebläse auf die Partei ein, die vor 12 Jahren tatsächlich der Fels in der Brandung des Zusammenbruchs war. Alles, was in diesen 12 Jahren politisch und wirtschaftlich Ungünstiges passierte, wird jetzt der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben; sogar die große Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftskrise und die Finanzklemme in Deutschland. Und so mancher arme Teufel, der leider von der Arbeitslosen-, oder Krisen-, oder Fürsorgeunterstützung über Wasser gehalten wird, schimpft mit auf die SPD, und er weiß nicht, daß gerade die SPD Förderer und Anreger dieser Unterstützung ist und ihre tüchtigsten und stärksten Verteidiger bleiben wird im Interesse der vielen, vielen Varias der wirtschaftlichen Verhältnisse. Bei einer Wahl ist leider nichts zu

dumm, es findet doch sein Publikum. An die niedrigsten Instinkte wie Neid, Mißgunst, Haß der Wähler, wird appelliert und der materiell besserstehende, aber nur wenn er Sozialdemokrat ist, sonst nicht, wird gegen den Ärmern ausgespielt. Das ist natürlich kein politischer Kampf, sondern niedrige, demagogische Lumperei! Womit die Gesetzgebungsmaschinerie nicht im geringsten beeinflusst wird zugunsten der Aufgestachelten zu arbeiten.

24 Parteien bemühen sich offiziell um die Wählerstimmen und 6 Parteien wurden außerdem nicht als solche anerkannt, weil ihre Wahlvorschlüsse nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprachen. Das hervorzuheben ist, daß von den offiziellen Parteien 23 ausnahmslos gegen die politische Vertretung der freien Gewerkschaften — der Sozialdemokratie — antworten. Das allein müßte schon jeden Arbeiter, jede Arbeiterin stutzig machen und zum Nachdenken anregen. Bekämpft werden durchaus nicht die Brüder, die Lügner und die Demagogen und deren Parteien, sondern nur jene Partei, die ruhig und sicher, immer noch der Vernunft eines großen Teils der Wähler vertraut. Sie kann das auch mit gutem Gewissen, weil ihre Leistung, Haltung und ihr Werden gestützt wird von einem bewährten Programm, das nicht etwa aus dem Wolkenkuckuckshaus stammt oder nur Wortgeräusch ist wie andere Programme, sondern das sozialdemokratische Programm ist bedingt durch die naturnotwendige Entwicklung der arbeitenden Menschheit in der kapitalistischen Welt.

Das waren so heute meine Gedankengänge beim Steinklopfen, und wenn ich dann weiter bedanke, daß doch verschiedene unserer Junggenossen von Stein und Ramme mit ihrem weiblichen Anhang den Phrasenhelden in der Politik nachlaufen und denen sogar am 14. September zu Arbeiterstimmen verhelfen, dann saust mein Hammer auf die Steindörben vor mir, daß die Funken nur so stoben; ich wünschte, diese Steindörben wären alle unsere Gegner im Wahlkampf und sonst, dann könnte damit bald und schmerzlos aufgeräumt werden.

Was haben nun die Gegner der SPD, einerlei ob Nazi, Kommunist oder Bürgerblock für ein Programm? Gründen sich deren Forderungen und Absichten etwa auf irgendwelche natürlich-fortschrittliche Entwicklungen? Nein! Greifen wird nur zum Beispiel die Nazi-Partei heraus, deren „Programm“ ist eine politische Prämenadenmischung aus Verlegenheit und Geistesarmut. Das Nazi-Programm ist nämlich nach dem berühmten Kochbuchrezept gemacht: „Man nehme...“ — Man nehme einige Forderungen der sonst so wader geschätzten Weimarer Verfassung... Mische darunter ein paar falsch verstandene Grundsätze aus dem sozialistischen und Bodenreformprogramm... Gebe dazu einige Dutzend antisemitischer Phrasen aus den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts... Uebergieße das Sodann mit einem Schöpfloß voll altheutischer Sprüche... Und rühre das ganze mit einem Hakentanz fünf Minuten kräftig um... Dann ist er fertig, der italienische Salat, genannt „Programm“ der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“.

So ähnlich ist es programmatif bei allen Gegnern der SPD und Gegnern der freien Gewerkschaften bestellt. Die große Furcht vor der unentwegten, zielbewußten Arbeit der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften beherrscht den ganzen Wahlkampf. Diese Furcht löst den Redakteuren und Flugblattschreibern der betreffenden Parteien in der Feder und rumort bei ihnen im Gehirn, sie sieht den Wortführern dieser Parteien dauernd auf der Zunge, macht sie allerdings sehr beweglich, aber — haltet sie, deshalb die Lügen, Verunglimpfungen und Dredpritzer gegen die SPD.

Wenn alle Steinklopfer im weitesten Sinne des Wortes und alle die sonstigen, die mit Steinen täglich umgehen und folgebessert von unserer Organisationsgemeinschaft gehören, sich der Bedeutung der Wahl für das Arbeitsvolk am 14. September bewußt sind, dann werfen sie zweifellos ihren Stimmzettel in die Wahlschale für jene Politik, die von den freien Gewerkschaften mit gutem Gewissen zu jeder Zeit und Stunde vertreten werden kann auch vom

Steinklopfer-Hannes.

## Von der Ledigensteuer

Bekanntlich hat die Regierung Brüning die vom Reichstag abgelehnten Notverordnungen nach der Auflösung des Reichstages trotzdem in Kraft gesetzt. Im Titel 4 der Verordnungen wird den Ledigen ein Zuschlag zur Einkommensteuer verordnet. Gleich 7 Kollegen, Wehlert, Wehlich, Holzappel, Langgut, Langert, Sändig und Kohle kamen zu unserem Bezirksleiter D... und wollten Auskunft über die Ledigensteuer haben; vor allen Dingen wollten sie wissen, ob sie zu dieser Steuer herangezogen werden können. Drei von den Genannten sind ledig, zwei verwitwet und zwei geschieden. Zwischen den Sieben und dem Kollegen D. entwickelte sich nun folgendes Gespräch:

**W:** Wir haben in der Zeitung von der Ledigensteuer gelesen. Unsere Arbeitskollegen haben uns beauftragt, Auskunft von dir zu holen über die Steuer. Ich bin unverheiratet und habe für ein uneheliches Kind zu sorgen.

**Ae:** Wer muß die Steuer zahlen? Ich bin z. B. schuldlos geschieden. Bin ich dadurch wieder ledig?

**H:** Ich bin Witwer. Meine Frau starb im vorigen Jahre. Mit meiner 10jährigen Tochter wohne ich jetzt bei meinen Eltern.

**L:** Ich bin als allein schuldig geschieden. Meiner Frau muß ich ein Drittel von meinem Lohne als Unterhalt zahlen.

**T:** Ich bin ledig, wohne bei meiner Mutter und muß als Sohn diese unterhalten.

**S:** Ich bin ledig, aber verlobt. Meine Braut erwartet ein Kind. Heiraten will ich im Januar nächsten Jahres.

**P:** Ich bin seit 2 Jahren Witwer. Eins von meinen beiden Kindern ist gestorben. Das andere ist in Amerika verheiratet.

**D:** Na, wollen wir einmal die Verordnung zur Hand nehmen. Eure Fragen werde ich der Reihe nach beantworten. Aber zunächst will ich euch einmal sagen, worin die Ledigensteuer besteht. Die Ledigensteuer besteht

1. im Wegfall der 25prozentigen Ermäßigung vom Steuerlohn für alle Ledigensteuerpflichtigen mit einem Wochenlohn von 27,— bis 54,— RM.,
2. in einem 10prozentigen Zuschlag zur Lohnsteuer vom Steuerlohn und der 25prozentigen Ermäßigung bei einem Wochenlohn von 55,— RM. an.

Zwei Beispiele sollen euch die Wirkung der Ledigensteuer veranschaulichen. Nehmen wir einen Wochenlohn von 55,— RM. am 1. September berechnet sich die Ledigensteuer wie folgt:

Lohn 55,— RM. — 24,— RM. (steuerfreier Betrag) = 31,— RM., davon 10 Prozent Ledigenzuschlag = 3,10 RM., abgerundet auf 30 RM., demnach Steuer 3,10 RM. + 30 RM. = 33,10 RM.

Bis 31. August waren dagegen zu zahlen: Lohn 55,— RM. — 24,— RM. (steuerfreier Betrag) = 31,— RM., davon 10 Prozent = 3,10 RM., davon ab 25 Prozent (höchstens 75 RM.) = 7,75 RM., demnach Lohnsteuer 3,10 RM. — 7,75 RM. = 4,65 RM.

Also ab 1. September 1,05 RM. mehr Lohnsteuer.

Und nun zu euren Fragen:

**W:** Als unverheirateter Vater eines unehelichen Kindes muß ich die Ledigensteuer zahlen.

**Ae:** Als Geschiedener, ob schuldig oder unschuldig ist gleichgültig, bist du wieder ledig, weil aus deiner Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Ledigensteuer mußt du zahlen.

**H:** Als Witwer bist du nicht ledig, weil aus deiner Ehe Kinder hervorgegangen sind. Ist deine Tochter aus deiner Steuerkarte nicht vermerkt, mußt du deinem Arbeitgeber die Geburtsurkunde von deiner Tochter vorlegen. Dann brauchst du die Ledigensteuer nicht zu zahlen.

**L:** Als allein schuldig Geschiedener mußt du auf Grund eines vor dem 1. Juli 1930 gestellten Antrages der steuerfreie Lohnbetrag auf der Steuerkarte 1930 erhöht worden sein, dann bist du nicht ledig und brauchst keine Ledigensteuer zu zahlen.

**T:** Auf dich trifft dasselbe zu, wie auf L., nur mußt deine Mutter bedürftig sein. Auch mußt der steuerfreie Lohnbetrag auf der Steuerkarte 1930 erhöht sein. Dann brauchst du auch keine Ledigensteuer zu zahlen.

**S:** Solange du ledig bist, mußt du die Ledigensteuer zahlen. Wenn du im Januar heiratest, mußt du unter Vorlegung der Heiratsurkunde beim Finanzamt die Eintragung deiner Frau auf die Steuerkarte beantragen, und diese dann dem Arbeitgeber vorlegen. Von da an darfst du die Ledigensteuer nicht mehr abgezogen werden.

**P:** Du bist als Witwer Vater von 2 Kindern und mußt dem Arbeitgeber die Geburtsurkunden deiner Kinder vorlegen. Dann bist du von der Ledigensteuer befreit.

**D:** Um ershöpfend zu sein, will ich euch noch zwei Fälle aus meiner Verwandtschaft vortragen. So ist z. B. meine ledige Schwester nicht ledig, d. h., sie zahlt keine Ledigensteuer, weil sie ein Pflegekind zu sich genommen hat, und ihr deshalb eine Steuerermäßigung zugewilligt worden ist, und weiter ist die Frau meines Bruders dann, wenn sie in einem Dienstverhältnis steht und ihrem Arbeitgeber ihre Verheiratung durch Vorlegung der Heiratsurkunde beweist, von der Ledigensteuer befreit.

Die Ledigensteuer ist neben der Egegersteuer von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als die unsozialste Steuer bezeichnet worden. Die Gewerkschaften haben sich auf den gleichen Standpunkt gestellt und verlangen deshalb von euch,

am 1. September die Liste 1 zu wählen!  
Handelt danach!

AWF.

**Bernburg-Miselen.** Am 10. August tagte in Rüdka eine kommitteeartige Versammlung, die sich mit der Tarifpolitik des Verbandes beschäftigte. Gauleiter G. H. H. Halle, referierte hierzu. In erster Linie behandelte er die Lohn- und Tarifstreitfrage in der Wolaitsteinindustrie und ging in seinen Ausführungen auf die, in den Betrieben notwendige übertarifvertragliche Entlohnung und die Gegenwärtige der Unternehmer ein. Ausgehend von der allgemeinen Wirtschaftskrise, die sich besonders stark in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau bemerkbar macht, kritisierte G. H. die Angriffe aus dem Unternehmerlager, die Einstellung der Schlichtungsausschüsse und die mit dem Lohnstreit verbundene Klage vor dem Arbeits- und Landesarbeitsgericht. In seinen weiteren Ausführungen beleuchtete er dann die Angriffe aus dem gesamten bürgerlichen Lager und die Auswirkungen des Artikels 48 der Reichsverfassung. Gauleiter G. H. streifte dann den Tarifstreit im Steinergewerbe Mitteldeutschlands und verwies auf den zur Zeit bestehenden tariflosen Zustand, der sich durch die unershöpfbaren Forderungen der Unternehmerorganisation ergibt. Er ermahnte die Kollegen, sich solidarisch zu verhalten und jedweden Verschlechterungsversuch der Unternehmer energisch zurückzuweisen. Genau so geschloffen, wie die Unternehmer gegen die Arbeiterschaft vorgehen, müsse auch die Arbeiterschaft zusammen stehen. In der Diskussion waren es einige Kollegen der sogenannten Opposition, die wiederum alles befeuert und alle Mißstände, die heute bestehen, den Gewerkschaftsführern glaubten in die Schuhe schieben zu sollen. Nach deren Rejekt wurde nur Kampf, ganz gleich unter welchen Verhältnissen, zum Ziele führen. In recht energischer

Weise wandten sich eine ganze Anzahl Redner gegen solche Auffassungen und verwiesen auf die bisherigen Taten mancher dieser Oppositionellen. Dem Referent blieb in seinem Schlußwort nicht viel zum Nachhaken übrig und betonte dieser besonders, die Arbeiter der Steinindustrie und des Straßenbaues müßten sich so einmütig organisieren, daß den Unternehmern die Lust vergehe, ihre Verschlechterungsversuche durchzuführen, die Versammlungsbesucher sollten nicht in die Fehler der sogenannten Opposition fallen und die Gewerkschaftsversammlungen zum Tummelplatz von politischen Dummköpfen machen zu lassen. Ein Beschluß wurde gefaßt, wonach zunächst das Urteil des Landesarbeitsgerichts abgewartet werden sollte und anschließend daran sollen die Betriebsräte in den einzelnen Betrieben Verhandlungen zu den übervertraglichen Lohnjahren fordern und dann den zuständigen Schlichtungsausschüssen zur Entscheidung angehen. — Ein Vertreter der Landkrankenkasse Bernburg hielt hierauf ein instruktives Referat über die Auswirkung der Herabsetzung des Reichspräsidenten und soweit das Krankenkassenwesen davon berührt wird. Daß die Versammlungsbesucher über die Auswirkung dieser Verordnung, desgleichen über die anderen Verordnungen äußerst erregt waren und ihren Unwillen kund taten, ist eine Selbstverständlichkeit. Auch hierbei klang der Wille durch, bei der im September stattfindenden Reichstagswahl die Belange der Gewerkschaftsorganisationen durch die Wahl von entsprechenden Abgeordneten wahren zu lassen.

**Bremen.** Am 14. August abends wurde die von 65 Kollegen der Steinseker-Gruppe besuchte Monatsversammlung vom 1. Vorsitzenden eröffnet. Der verstorbene Kollege Kemper wurde in üblicher Weise geehrt. Tagesordnung: 1. Derliche Angelegenheiten, 2. Berichtes. Nach Genehmigung der Tagesordnung wurde ein Schriftführer gewählt, weil die offiziellen Schriftführer nicht anwesend waren. Dann erläuterte der Vorsitzende die jüngsten Berufs- und Verbandsangelegenheiten. Es handelte sich unter anderem um Berechtigungsarten zweier in Arbeit gestandener Kollegen, um ihren Arbeitgeber zu wechseln. Die hierbei in Frage kommende Firma wird in kürzester Zeit die örtlich vorhandenen arbeitslosen Kollegen unterbringen, das wurde mit Zufriedenheit begrüßt. Ein Beschluß, der dem Arbeitsplatzwechsel entgegenstand, wurde nach eingehender Aussprache aufgehoben. Von einigen Rednern wurde die Anfrage an den Gruppenvorsitzenden gerichtet, der zugleich Vorstandsmitglied der „Straßen- und Tiefbau-Genossenschaft Rohland“ ist, ob genante Firma Tariflohn und Ueberlandgeld bezahle und der Wochentag dort eingehalten werde? Darauf kam die Antwort von den Vorsitzenden, „Der Tariflohn wird in der genannten Firma bezahlt, ja sogar noch darüber hinaus und daß Mißbrauch des Wochentags vorkomme, sei ihm nicht bekannt“; diese Antwort, obwohl ihm einige Baustellen aufgeführt wurden, wo bis zum Dunkelwerden gearbeitet wird. Auch gaben zwei Kollegen, die bei der genannten Genossenschaft beschäftigt sind, folgende Erklärung ab: Wir haben keinen Tariflohn und kein Ueberlandgeld erhalten“, ferner beziehe dort der Beschluß: „Alle Steinseker, die 48 Stunden oder mehr oder weniger geleistet haben, erhalten als Lohn 24 Stunden Steinsekerlohn und 24 Stunden Hilfsarbeiterlohn“. Bei dieser Beschlusfassung sei der Gruppenvorsitzende sogar zugegen gewesen. In scharfen Ausführungen wurde nun diese merkwürdige Handlung von der Versammlung kritisiert und der Vorsitzende aufgefordert, sein Amt niederzulegen. Die Neuwahl wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt. Die vorläufige Erledigung der Obliegenheiten des Vorsitzenden wurde dem 2. Vorsitzenden übertragen. Dann wurde beschlossen, die Sperre über die „Straßen- und Tiefbau-Genossenschaft Rohland“ zu verhängen. Ferner wurde eine Kommission gewählt, mit der Aufgabe, die einzelnen Baustellen der Firma zu besuchen, wie der Sperre nachgekommen wird; die Lohnbücher zu prüfen und festzustellen, in welchem Ausmaß Tarifbruch begangen wurde. Der 2. Vorsitzende wurde mit der Sperre-Veröffentlichung in der örtlichen Tagespresse, der Schriftführer mit der Protokoll-Veröffentlichung in der Fachzeitung beauftragt.

**Burgen.** (25jähriges Beziehen der Zahlstelle.) Der 23. August war ein Kommerstabend, er galt besonders den Jubilaren: Rob. Hennig, Ph. Pfeiffer, G. Polten, K. Wittig, Ernst und Heinrich Gumlich, Otto und Robert Barhmann und R. Vogel. Der Vorsitzende, Kollege Pfeife, widmete ihnen Dankesworte für die in den zurückliegenden Jahren geleistete Organisationsarbeit und -treue. Im Auftrage des Vorstandsvorsitzenden überreichte er jedem der Jubilare ein kunstvolles, eingekamtes Diplom und ein Buch über Karl Legien. Namens der Jubilare dankte Kollege Hennig, Ortsausführer und SPD. beglückwünschte die Genannten ebenfalls. — Eine Lautensängerin, Arbeiterfänger und Turner halfen den Abend verschönern. — Der Hauptakt, der 24. August, wurde mit einer Morgenmusik durch den geschmückten Festort Lützig eingeleitet. — Gegen Mittag erschienen von der Zahlstelle Dornreidchenbach Kollegen mit Fahne. Der Festzug gruppierte sich und bei herrlichem Sonnenschein ging es unter klingendem Spiel, mit dem geschmückten Symbol der Zahlstelle Burgen dem Ortsortell Burgen, ebenfalls mit Fahne, entgegen. Dann traf der Festzug auf dem schon gelegenen Festplatz, der vom Gutsbesitzer Rinne bereitwillig zur Verfügung gestellt worden war, ein. Herr Rinne sei aufrichtig gedankt. Nach Ankunft begrüßte Vorsitzender Pfeife die zahlreich erschienenen Kollegen und Gäste und gibt dem Ehrengast, Kollegen Paul Starke, Wechselburg, das Wort zur Festrede. Dieser schilderte die Entstehung und den Aufbau der Organisation. Starke streifte hierbei, daß er bei dem Würzner Gewerkschaftsfekt im Juli 1914 als Festredner zum Ausdruck brachte, daß innerhalb weniger Wochen die Kriegsfackel über Europa, durch den kapitalistischen Druck, hereinbrechen wird, er hatte recht, im August kam die Kriegserklärung. Heute stehen wir in der europäischen Weltwirtschaftsnot, die auch die Steinarbeiter durch große Arbeitslosigkeit nicht verschont. Im Auftrage der Zentralleitung brachte Kollege

**Krummendorf.** (Eine gebortene Ordnungsjähle.) Wenn jemals die organisierten Steinarbeiter um die Erhaltung des Verbandes gekämpft haben, so geschah das unter der Betriebsleiterfähigkeit des gewesenen Betriebsleiters Bruno Olbrich in Krummendorf i. Fa. Lange, Luz & Delsner. Dieser Olbrich mußte schneller das Feld räumen, als jemand geglaubt hatte. Unter dem Deckmantel eines radikalen Auftretens hatte Olbrich schon seit längerer Zeit ein „Liebesverhältnis“ mit seinem Bürolehrling. Als der Bürolehrling nicht schnell genug gefügig war, schreute auch Olbrich vor Bedrohung nicht zurück, was sein Verhängnis wurde. Olbrich gebärdete sich trotzdem im Betriebe als der größte Moralpauker. Jedes soziale Gefühl fehlte ihm; seine Hauptaufgabe bestand darin, die Arbeiter nach Strich und Faden zu drangsalieren, und niemand hat geglaubt, daß unter einer solchen Maske eine solche Kreatur stehe, der seine Betriebsleiterfähigkeit dazu benutze, einen Bürolehrling seinen Gelüsten gefügig zu machen. Großes Verständnis hatte Olbrich für Schmaroker und rühmte sich noch damit, von diesen alles zu erfahren. — Seine letzte große Heldentat bestand darin, daß er 4 Arbeiter entließ, die länger als 20 Jahre im Betriebe tätig waren. Der ältere von diesen 4 Entlassenen nahm sich die Entlassung so zu Herzen, daß er 14 Tage nach der Entlassung starb. Hier mußte auch die Firma den sozialen Akt Olbrichs mit 2400 Mark entschädigen an die entlassenen Arbeiter. Bei der Verhandlung vorm Arbeitsgericht konnte man die Einstellung dieses Moralpaukers beobachten. Setzt kann Olbrich den Segen des Stempelgehens einmal auskosten, denn nach seiner Meinung waren alle, die stempeln gehen, „faule Hunde“. Die Arbeiterschaft ist stolz darauf, daß trotz aller Versuche Olbrichs, den Verband zu zertrümmern, der Verband erhalten geblieben ist und der die Grube gegraben hat selbst hineingefallen ist.

**Söbaw-Dyppach-Versammlung** am 20. 8. 30 und in **Taubenheim** am 31. 8. mit folgender Tagesordnung: 1. Die Lage in der Steinindustrie und die Vorgänge in den Granitsteleierereien, 2. Gewerkschaftliches. Nach Eröffnung und Begrüßung der zahlreich erschienenen Kollegen gibt Kollege Schwarz einen Ueberblick über die Lage in der gesamten Steinindustrie, die man nur als grau in grau bezeichnen könne. Insbesondere sei die Situation in den Brüchen geradezu trostlos; während in den Schleifereien der Geschäftsgang im 1. Halbjahr als mittel genannt werden könne. Allerdings mache sich die Tendenz zum Stilllegen der Betriebe in dieser Branche in einer Weise bemerkbar, daß man nicht an einen natürlichen Vorgang glauben könne, sondern annehmen kann, daß die Krankheit von den zu hohen Löhnen auch die Unternehmer ergriffen hat und Lohnabbau der Hauptgrund der Stilllegungen sei. Schwarz verweist auf die beantragte Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit des RL beim Reichsarbeitsministerium, dagegen müssen wir uns energisch wehren, denn das wäre die erste Handhabe zum Abbau der ohnehin unzulänglichen Löhne. Kollege Schwarz warnte die Kollegen bei eventuellen Wiederinbetriebsetzung, der einen oder anderen Firmen irgendwelche Klauseln oder Abwägung zugestehen, denn der Tarif sei unabdingbar, ebenso sei das bestehende Lohnabkommen bis Ende Dezember gesichert. Würden trotzdem Verschlechterungen abgeschlossen, so mache man ja nicht den Verband dafür verantwortlich, denn dieser stände den Kollegen zur Abwehr von Verschlechterungen zur Seite, allerdings verlange er auch Treue und Einigkeit von den Kollegen. — In der Debatte wurde von verschiedenen Rednern noch die Ursachen der der jetzigen Arbeitslosigkeit unterstrichen; vor allem das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinem unermesslichen Gefolge von ungenügender Kaufkraft und Abwagemangel. Leider habe auch die Reichsregierung mit ihrem großen Versteuern vom Preisabbau sehr viel zu dem jetzigen Auftragsmangel mit beigetragen; desgleichen sei sie in der Frage des Lohnabbaues, der Deynhauer Schiedspruch, vorangegangen und das Diktat der Notverordnung, die unter vielem auch vorsteht, daß ein Verdienst von mehr als 35 Mark von dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung auszuschließen, wenn die Frau in einer Familie ebenfalls versicherungspflichtige Beschäftigung hatte und zum Bezug berechtigt wäre. Dies sei ein Ansporn für die Unternehmer in dieselben Fußstapfen zu treten und bei jeder passenden Gelegenheit Lohnabbau zu fordern! Weiter wurde ausgeführt, daß nur eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit eine Abhilfe der katastrophalen Erwerbslosigkeit bringen könne. — Unter Verschwiegenen wurden meist einige Anfragen bezüglich der Ferien und Teilerfien, bei den verschiedenen zur Entlassung kommenden Kollegen beantwortet. Dann wies Kollege Schwarz auf das Inkrafttreten der Invalidenunterstützung am 1. Oktober hin und erläuterte nochmals die Bestimmungen, Haupterfordernis sei, daß das Buch in Ordnung ist. Bei der Invalidenunterstützung wurde allgemein bedauert, daß die Kriegsteilnehmer durch den Ausfall der Marken überhaupt nicht berücksichtigt worden sind. Es wurde beantragt, den Zentralvorstand zu ersuchen, einen Weg zu finden, wo diesen Kollegen bei Invalidität Entgegenkommen in Aussicht steht. Nach Ansicht des Kollegen Schwarz hat sich bereits der Verbandsvorstand mit dieser Angelegenheit beschäftigt, denn im Formular für Invalidenunterstützung ist eine Rubrik enthalten, in der die Heeresdienstleistung zu vermerken ist. Zum Schluß verweist Koll. Schwarz noch auf die kommende Wahl am 14. September und fordert die Kollegen auf, ihre Stimme nur den Kandidaten der SPD zu geben. Ein allgemeiner Appell, trotz der schwierigen Lage nicht zu verzagen, sondern trotz alledem fest und treu das Gefüge der Organisation zusammenzuhalten, bildete den Schluß der harmonisch und anregend verlaufenen Versammlung.

## Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Gesperzt:

1. Gau: In Steinhof-Königsberg, Pr., die Firma Otto Pecht, G. m. b. H., Jordanstraße 1/5. Die Firma zieht fremde Steinmeher heran und — zahlt nur Teillohn. Mancher Kollege ist schon um seinen sauer verdienten Arbeitslohn betrogen worden; darum Vorsicht!

3. Gau: In Nossen (Sa.) das Grabmal- und Kunststeinwerk von Achilles wegen Maßregelung Steinmeher und Bildhauer meiden die Firma.

6. Gau: Die Firma Porphywerke Weinheim-Schriesheim hat ihren Arbeitern unter Verletzung des § 13 RM die Bedingung gestellt, entweder sich mit einer 10prozentigen Reduzierung der Befordränge einverstanden zu erklären oder sich als entlassen zu betrachten. Die Arbeit in dem Betriebe Schriesheim ruht infolgedessen.

11. Gau: In Crysbed-Neuengamme ist die Firma Gustav Fanz (Straßenbau) nach wie vor gesperrt; sie zahlt nicht nach Tarif.

**Frankreich.** In den Steinbruchbetrieben der Bretagne ist eine Streikbewegung. Die dortigen Unternehmer versuchen, in Deutschland Steinmeher, Schleifer, Spalter und Vorarbeiter anzuwerben. Kein deutscher Steinarbeiter lasse sich hierbei, Streikbrecherdienste zu leisten.

# Rundschau

**Auch Industrielle können vernünftige Ansichten haben.** Das Leipziger Messtamt hatte anlässlich der Herbstmesse eine Aussprache ermöglicht, an der sich hauptsächlich außer Vertretern des Messtamts Handelsredakteure beteiligten. Neben vielen längst bekannten Tatsachen kamen auch einige vernünftige Ansichten zutage. Von einem Herrn wurden die Redakteure der Handelszeitungen gebeten, die Masse der deutschen Unternehmer energisch daran zu ermahnen, sich nicht wie bisher lediglich in Schwarzmalerei zu ergehen, sondern selbst die Initiative zu ergreifen. Kommerzienrat Dr. Zöllner vom Rosenthal-Konzern erklärte im Rahmen dieser Aussprache, daß wenn er zum Wirtschaftsdiplomatar bestimmt würde, er vor allen Dingen das Wort „Abbau“ verbieten würde. Dadurch ist eine Abbauphase entstanden, die sich für die deutsche Wirtschaft außerordentlich schädlich ausgewirkt hat. Zweitens würde er bestimmen, daß jeder, der über 10 000 Mark verdient, einen Mann mehr beschäftigen soll. Drittens, das Wort „Rationalisierung“ müßte verboten werden, weil damit ein großer Unfug seit Jahren getrieben würde. Die deutsche Wirtschaft müßte mit allen Mitteln bestrebt sein, deutsche Arbeitskräfte zu binden. Dies geschieht nicht durch die Erzeugung von Massengütern und typisierte Waren, sondern durch Qualitätsarbeit. Die Rationalisierung habe in Deutschland Schiffbruch erlitten. Viertens, müßte das Statistische Reichsamt angewiesen werden, nicht immer wieder die klare Wahrheit darüber zu erbringen, daß wir noch nicht ganz am Verreden sind. Man heilt einen Kranken nicht, indem man ihm fortwährend ins Ohr schreit, daß sich sein Zustand verschlechtert. Fünftens, drei Monate hindurch müßte es verboten werden, über das Arbeitslosenproblem zu schreiben. Sechstens, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsarbeitsministerium und das Auswärtige Amt müßten zusammengebracht werden, um das Exportproblem der Lösung näher zu bringen. Durch eine systematische und ausgedehnte Auslandspropaganda würde es sich leicht ermöglichen lassen, die lumpigen 3 Milliarden Aufträge hereinzubekommen, die wir zur Beschäftigung von rund 1 Million Arbeitslosen gebrauchen. Manche Gedanken, die Dr. Zöllner zum besten gab, können auch von uns unterschrieben werden, vor allem hat er recht damit, daß mit der Schwarzmalerei keineswegs etwas gebessert, sondern vieles verschlimmert wird.

**Für 7500 Ausgesteuerte ein halbes Jahr Arbeit — 20 Millionen Mark Arbeitskapital für die Wirtschaft.** Die „Oberheffische Volkszeitung“ berichtet: Die Maßnahmen des Hessischen Landtages zur Belebung der hessischen Wirtschaft und zur Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen hat in manchen Kreisen, nicht zuletzt auch in Kreisen der Wirtschaft, eine ablehnende Beurteilung erfahren, obgleich gerade diesen Kreisen diese Maßnahmen zulässiges Betätigungsfeld bieten. Die Ministerialkommission hat in erster Linie solche Arbeiten gefördert und mit einer Zinsverbilligung auf 20 Jahre ausgestattet, die wirtschaftlich wertvoll, bei denen vorwiegend Arbeitslöhne erforderlich sind und der unmittelbare Aufwand für Material einen bestimmten Ersparnisfaktor nicht übersteigt. Dann wurden auch solche Arbeiten bezogen, die durch die Injektion der Zinsverbilligung andere erhebliche Investitionen und Arbeitsgelegenheiten im Gefolge haben. Insgesamt wurden im Rahmen des hessischen Programms Arbeiten im Gesamtbetrag von etwa 12½ Millionen Mark mit einer Zinsverbilligung ausgestattet, wovon etwa 7½ Millionen Mark auf 3 Prozent verbilligt werden. Von diesen 12½ Millionen Mark entfallen etwa 6½ Millionen Mark auf Materialkosten und etwa 6 Millionen Mark auf unmittelbare Arbeitslöhne. Wenn man nun einen durchschnittlichen Stundenlohn von 1 Mark zugrunde legt und den Arbeitsmonat zu 25 Tagen rechnet, können tatsächlich 5000 Wohlfahrtserwerbslose sechs Monate lang beschäftigt werden. Es stehen aber in den 6½ Millionen Mark Materialkosten auch etwa die Hälfte mittelbare Arbeitslöhne, die auf die Herstellung der Materialien, wie Schotter für den Straßenbau, Kunststeine, Zementrohre, Formstücke usw. für Kanal- und Entwässerungsanlagen entfallen. So wird durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm unmittelbar für 5000 und für weitere über 2500 Arbeiter mittelbare Arbeitsgelegenheit für mindestens ein halbes Jahr geschaffen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß durch den zulässigen Schlachtwohnbau für weitere 3½ Millionen Mark Arbeiten ausgeführt werden und noch ein zusätzliches Straßenbauprogramm der Reichsregierung aussteht, von dem auf Hessen schätzungsweise etwa 3½ bis 4 Millionen Mark entfallen werden.

Die Durchführung des hessischen Arbeitsbeschaffungsprogramms, das auf die Initiative der drei Regierungsparteien zurückzuführen ist und durch welches der hessischen Wirtschaft einschließlich der Reichsmaßnahmen in diesem Jahre etwa 20 Millionen Mark zugeführt werden, bedeutet in der Tat eine sehr starke Belebung der Wirtschaft, Handel, Handwerk und Gewerbe und gibt Tausenden von Familienväter Arbeit und Brot für ihre Familien auf einige Monate.

Diese 20 Millionen Mark bedeuten aber als Arbeitskapital in ihrem Umlauf für die hessische Wirtschaft neues Blut, schaffen neue Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten und stellen darüber hinaus eine wirtschaftliche Präventivmaßnahme gegen Verfall und Elend dar, wie sie besser nicht gedacht werden kann.

**Ueberall herrscht Arbeitslosigkeit.** In ihren Darlegungen in der Presse hat die englische Arbeiterregierung mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Erscheinung der Arbeitslosigkeit einen universalen Charakter trägt, so daß es Torheit ist, die Ursache der Arbeitslosigkeit in Großbritannien der gegenwärtigen Regierung zuschreiben zu wollen. Aus fast allen Ländern Europas — nur die skandinavischen Länder und Frankreich machen in dieser Hinsicht eine Ausnahme — werden sehr hohe Arbeitslosenziffern gemeldet. Außerhalb Europas sieht es nicht viel besser aus. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund hat kürzlich hinsichtlich seiner Mitglieder einen Arbeitslosigkeitsprozentfuß berichtet, der als eine Rekordziffer bezeichnet werden darf, und wenn auch die Arbeitslosigkeit für ganz Amerika nicht bekannt ist, so kann dieselbe doch sicherlich auf 8 Millionen geschätzt werden.

Selbst aus Australien und Neuseeland, den beiden Ländern, die einstmals als das Muster wirtschaftlicher Verwaltung und hoher Lebenshaltung gegolten haben, vernimmt man sehr pessimistische Klänge. Aus dem erstgenannten Lande wird mitgeteilt, daß die Arbeitslosigkeit eine noch nie gekannte Höhe erreicht hat: 180 000 Männer und Frauen sind arbeitslos. Außerdem wird die Hälfte der Bevölkerung, die älter als 60 Jahre ist, d. h. abermals 180 000 Personen, von der Regierung unterstützt, was einen jährlichen Kostenbetrag von 57 Millionen Dollar erfordert. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist stark zurückgegangen, und als Rettungsmittel aus der Not werden jetzt eine Anzahl der wichtigsten Produkte Australiens weit unter den Produktionskosten verkauft.

Auch aus Neuseeland wird berichtet, daß die Arbeitslosigkeit dort bisher ungekannte Abmessungen angenommen hat. Von einer Bevölkerung von 1 400 000 Köpfen sind nicht weniger als 10 000 arbeitslos, und die Armut nimmt sichtbar zu. Wie James Roberts, der Sekretär des Gewerkschaftsbundes von Neuseeland, kürzlich den Vertretern der Presse darlegte, erfährt Neuseeland namentlich den Rückschlag der Krise in Australien und des starken Preisrückganges der von Neuseeland erzeugten Waren.

**Die hohen Preisspannen.** Zwischen den Produktionspreisen und den Kleinhandelspreisen klafft eine breite Kluft. Ungeheure Aufschläge erfolgen durch die Weiterverarbeitung und nicht zuletzt durch den Handel. Wenn der Großhandelsindex der Agrarstoffe im Juni dieses Jahres auf 110,4 steht und der Lebenshaltungsindex für Ernährung 142,7 beträgt, so ergibt sich eine Differenz von 22,3, die in diesem Ausmaß unerklärlich erscheint. In dieser ungeheuren Spanne liegt die Verteuerung der Lebenshaltung. Weitere Beispiele wollen wir folgen lassen: Im ersten Vierteljahr dieses Jahres betrug die Kostenpanne zwischen Korn und Mehl 1,8 Pfg. und die Kostenpanne zwischen Mehl und Brot

21,5 Pfg. Noch größer sind die Preisspannen bei den Vieh- und Fleischpreisen. Im März 1930 betrug die Meßziffer für Lebendviehpreise (1930=100) 87,4; hingegen die Meßziffer der Ladenpreise für Fleisch 125,7. Zwischen diesen beiden Meßziffern besteht eine Differenz von 38,3. Der Verdienst der Ladenfleischer, der Viehhändler usw. ist also ganz enorm. Bei Textilien ergibt sich ebenfalls eine nicht gerechtfertigte außergewöhnliche Spanne. Im Juni 1930 betrug der Großhandelsindex für Textilien 107,9; dagegen der Lebenshaltungsindex für Bekleidung 166,8. Die Differenz beträgt hier 58,9. Um wieviel mehr würde die Bekleidungsindustrie beschäftigt sein können, wenn die Preise für Kleider, Wäsche usw. sich dem Großhandelsindex für Textilien anpassen wollten. Am aller schlimmsten ist es bei den Markenartikeln. Bei Arzneimitteln beträgt der Aufschlag für den Handel rund 75 v. H.; bei medizinischen Drogenartikeln 60 v. H.; bei Parfümerien 50 v. H.; bei Toiletteartikeln 50 v. H. und bei Markenartikeln für Lebensmittel 30 v. H. In dieser Spanne liegt u. E. die Fehlerquelle der Wirtschaft. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Preisspannen zwischen dem Produktionspreis und dem Kleinhandelspreis zu mildern.

**Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit erklingt ständig lauter.** Sowohl Regierungsbeamten wie Vertreter des Handels und der Industrie in den Vereinigten Staaten sprechen sich immer mehr als Befürworter einer Verkürzung der Arbeitszeit aus. Nunmehr ist es das Mitglied des Senats von New York, Cope Land, der anlässlich einer Konferenz von Geschäftsleuten ausdrücklich erklärte: Das Kommen eines sechsstündigen Arbeitstages ist eine Gewißheit. Nichts ist so gefährlich als das ständige Prophezeien, aber ob wir wollen oder nicht, so werden wir doch zu einer Fünftagewoche und einem Sechstundentag kommen müssen. Der Anlaß hierzu liegt in der Verbesserung der Technik.



Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat nachstehenden Wahlauftrag erlassen:

Am 14. September soll das deutsche Volk durch die Abgabe des Stimmzettels entscheiden über die Zusammensetzung des neuen Reichstages. Das ist nicht nur bedeutsam für die Zusammenlegung oder für die zahlenmäßige Stärke der Fraktionen, sondern viel wichtiger für die Art der Entwicklung aller wirtschaftlichen und kulturellen Fragen in Deutschland. An dem Ausbau der Sozialversicherung ist die Regierung Hermann Müller gescheitert, die nachfolgende Regierung Brüning benutzte den Weg der Notverordnungen. Sie strich von dem Etat die sozialen Zuwendungen, die bisher unter Kämpfen errungen, bzw. erhalten werden konnten.

Der Fonds für Leibesübungen im Reichsministerium des Innern ist gekürzt von 1 500 000 auf 850 000 Mark und eine weitere Streichung von 10 Prozent ist zu erwarten.

Die ehrenamtlich tätigen Vereinsfunktionäre aller Art sollen zwangsläufig gegen Unfall versichert werden. Diese Unfallprämien sollen die Vereine zahlen.

Die Grund- und Vermögenssteuer soll in Zukunft auch für Sport- und Spielanlagen erhoben werden. Sie werden jeden Verein mit jährlich zirka 1000 Mark neu belasten.

Die Tarife der Eisenbahn erfahren eine weitere Erhöhung und machen so den sportlichen Wettkampf in Zukunft fast zu einer Unmöglichkeit.

Die staatlichen und kommunalen Unterstützungen sollen abgebaut werden. Die Naziregierung in Thüringen hat schon jetzt die 2. Rate der dem Arbeiterpost zur Verfügung stehenden Gelder nicht zur Auszahlung kommen lassen. Dieses und vieles andere erwartet die Arbeiterpostler, wenn sie sich nicht ihrer Kraft bethinnen und alles mobilisieren, um

den Kampf für die Liste 1 siegreich zu bestehen.

Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie mit vollem Ernst die jeweilige Situation erfährt und verfolgt. Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie sich des Arbeiterposters immer mit besonderer Liebe angenommen hat. In welchem Maße sie es in der Zukunft tun kann, hängt einzig und allein ab von der Stärke, mit der die Partei in das Parlament einzieht, deshalb ist die Parole aller Arbeiterpostler:

**Vorwärts in geschlossener Front!**

Partei, Gewerkschaften und Kulturorganisationen schaffen durch einheitliches Handeln die Einheitsfront der Arbeit und damit die Voraussetzung

für den Sieg des werktätigen Volkes, für den Sieg der Liste 1!

Was sollten wir auch mit den durch wirtschaftliche Veränderungen ausgestoßenen Arbeitern beginnen? Wir können sie in Bezug auf die Ueberproduktion nicht stornieren, wir können den Ueberfluß nicht in die Docks stören.

Typisch für die stark voneinander abweichenden Arbeitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten ist indessen, daß gleichzeitig, während die vorstehende Forderung erhoben wird, der Sekretär des Arbeitsdepartements, James J. Davis, bezüglich der Auflösung des Problems der Arbeitslosigkeit seiner Meinung folgendermaßen Ausdruck gibt:

„Wenn jene Industrie, die auf der Grundlage eines 12-Stundentages arbeiten, zum 8-Stundentage übergehen würden, so würde ein Drittel Menschen mehr Beschäftigung finden können. Eine kürzere Woche für jene Industrien, deren Arbeit noch auf einer siebentägigen Grundlage beruht, würde ein gleiches Ergebnis zeitigen.“

Beide Personen wünschen mithin eine Verkürzung der Arbeitszeit. Lange Zeit war man jedoch in Europa der Ansicht, daß der 8-Stundentag oder die 45tündige Arbeitswoche so ungefähr zum Gemeingut des amerikanischen Arbeiters geworden wäre. Die Untersuchungen des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes in den südlichen Staaten der Vereinigten Staaten haben indessen deutlich erwiesen, in welcher erbärmlichen Lage ein Teil der amerikanischen Arbeiterklasse noch lebt. Dies zeigt auch wohl abermals die Mitteilung von Davis. Wie dem jedoch auch sein möge — ob der Arbeitstag noch übermäßig lang oder gerade erträglich ist — die einzige Lösung ist und bleibt immer wieder: Verkürzung der Arbeitszeit!

# Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gallen

Veranstaltungen:

Am 13. September in München um 19 Uhr im Nebenzimmer des Gewerkschaftshauses.

In Wesermünde-Bremerhaven findet jeden 1. Sonntag im Monat Versammlung statt, beim Gastwirt Joh. Bud, Bremerhaven, Schifferstraße 7.

Am 21. September in Neufeld um 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Friedrichstraße. Bezirksleiter anwesend.

In Mainz im Goldenen Pflug (Wahl des 1. Vorsitzenden) um 10 Uhr.

Vertlicher Reisezuschuß wird nicht mehr gezahlt in Schreiberhau, Schneidemühl und Karlsruhe.

Häsligt (Schles.) Die Kollegen unserer Zahlstelle, die Anspruch auf Verbands-Invalidentenunterstützung haben, mögen ihre Mitgliedsbücher und Rentenbescheide bis zum 20. September im örtlichen Verbandsbüro abgeben.

Hamburg. Wegen Erkrankung des Kassiers wird die Reiseunterstützung beim 1. Vorsitzenden Karl Neumann, Jenischstraße 48, I, ausbezahlt, und zwar von 17 bis 19 Uhr.

Berlorene Mitgliedsausweise: In Neubau das Verbandsbuch Nr. 50 876 für Johann Sebald. In Strehlen Nr. 86 693 für Frz. Ludwig Brecher. In Wellerohe Nr. 28 118 für August Blumenstein, Hilfsarbeiter.

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung!

# Adressenänderungen

3. Gau: Reichenbach (Vogtl.) Kass.: Paul Schubert, Birkenstraße 3.

8. Gau: Pappenheim. Kass.: Heinrich Hertlein, Graf-Karl-Str. 21a.

11. Gau: Demmin. Kass.: Erich Berendt, Voigter Straße 50.

# Bücher und Zeitschriften

„Geschichte der Juristen und Mühlenmacher Deutschlands.“ Mit dem Deutschen Befeidigungsarbeiter-Verband hat sich der Verband der Kürschner seit dem Jahre 1924 verschmolzen. Nachdem der Deutsche Befeidigungsarbeiter-Verband vorher eine „Geschichte der deutschen Schneidbewegung“ herausgegeben hatte, ist nunmehr auch in seinem Verlage die „Geschichte der Juristen, Kürschner und Mühlenmacher Deutschlands“ erschienen. Genosse Heinrich Lange (Leipzig) hat den ersten Teil der Geschichte geschrieben, und als ein besonderer Kenner der historischen Entwicklung des Handwerks, der Zünfte und der Gesellenorganisationen dieses Material in leicht fasslicher und interessanter Weise behandelt. Er hat dabei besonders die Berufs- und Organisationsverhältnisse der Meister und Gesellen geschildert. Den zweiten Teil der Geschichte hat der Kollege Regge (Berlin) verfaßt. Regge hat die Organisationsentwicklung der Kürschner und Juristen in den letzten 40 Jahren mit durchgeführt und sich praktisch sowohl an den Kämpfen mit den Unternehmern wie auch an den inneren Kämpfen um die Organisationsform und -gestaltung teilgenommen. Ausgehend von einer Schilderung über die ersten Anfänge der modernen Gewerkschaftsbewegung, schildert der Verfasser die Organisationsgestaltung für die Kürschner und Juristen, welche Wandlungen diese durchgemacht und welche inneren Kämpfe und Auseinandersetzungen damit verbunden waren. Der Verfasser schildert Streiks und Bestkämpfe von Bedeutung, die Mitgliederentwicklung und die finanziellen Verhältnisse der Organisation sowie die Verbindung mit dem Deutschen Befeidigungsarbeiter-Verband. In einem besonderen Kapitel werden dann noch behandelt die Fragen: Hausindustrie und Betriebswerkstätten, die Kürschner-Internationale seit ihrem Bestehen bis zur Auflösung und Uebertritt zur Internationalen Befeidigungsarbeiter-Föderation. Im Anhang werden einige Tarife, die als die ersten und bedeutungsvollsten der Branche zu betrachten sind, zum Abdruck gebracht. Ferner enthält das Werk eine Anzahl Illustrationen, die beruflichen oder organisatorischen Charakter haben. Das 312 Seiten umfassende Buch ist auch technisch gut gelungen und kostet für Mitglieder 5 M., im Buchhandel 10 M.

# Anzeigen

## Achtung, Steinsetzer Berlins!

Hierdurch werden alle bei den Mitgliedern der unterzeichneten Innung beschäftigten volljährigen Steinsetzergesellen zu dem am Sonntag, dem 28. September 1930, vormittags 10 Uhr, in den Germania-Prachtsälen (Weißer Saal), Berlin, Chausseest. 110, stattfindenden Wahlen für den Gesellenausschuß eingeladen.

Der Vorstand der Steinsetzer-Zwangs-Innung von Berlin und Umgegend.

## Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

## Sparkasse der Bank der Arbeiter

Angestellten und Beamten A.-G. Spareinlagen von 1 RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 5898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 532 84, Breslau, Postcheckkonto Breslau 413, Dresden, Postcheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 426 79, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 325 50, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

# Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Demitz-Thumitz am 14. August der Granitsteinmetz Emil Biesold, 56 Jahre alt, 9 Monate krank, Ohrenentzündung.

In Berlin am 23. August der Pflastersteinschläger Albert Timm, 62 Jahre alt, tödlicher Straßenunfall; am 27. August der Steinmetz Heinr. Schneider, 67 Jahre alt, 8 Monate krank, Blasenleiden.

In Striegau am 27. August der Brecher Heinrich Gotthard, 22 Jahre alt, 24 Wochen krank, Herzschwäche.

In Reinersreuth am 28. August der Granitsteinmetz Jakob Rath, 54 Jahre alt, 4 Jahre krank, Lungenleiden.

In Gruitzen am 28. August der Betriebshandwerker (Schlosser) in der Dolomit-Sinterung Emil Ziegner, 28 Jahre alt, drei Wochen krank, Lungenentzündung.

In Höchstädt am 28. August der Steinsäger Andreas Bergler, 45 Jahre alt, Gehirnschlag, noch 10 Tage krank.

In Sulzfeld am 30. August der Sandsteinmetz Christian Krüger, 51 Jahre alt, 2 Monate lungenkrank.

In Ludwigshafen am 30. August der Steinsetzer Friedrich Metzger, 41 Jahre alt, tödlicher Motorradunfall.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.